

IN KÜRZE

Begrenzte Mietpreise

Seit dem 1. März gibt es in Bielefeld wieder eine Mietpreisbremse. Die schwarz-grüne Landesregierung in NRW hat die Mieterschutzverordnung auf 57 Kommunen ausgeweitet – darunter auch Bielefeld.

Ein Gutachten, das als Grundlage für die Ausweitung diente, dokumentiert, wo der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist. Für bestehende Mietverträge darf die Miete innerhalb von drei Jahren maximal um 15 Prozent steigen. Bei neuen Verträgen ist eine Mieterhöhung von höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Miete erlaubt.

Medienkompetenz stärken

Das Projekt »Reporter4You« fördert die Medienkompetenz junger Menschen und sensibilisiert sie für den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien. Durch Workshops in Schulen lernen Schülerinnen und Schüler, Informationen kritisch zu bewerten, Fake News zu erkennen und eigene Inhalte zu erstellen. Die Initiative bietet eine Plattform zum Austausch kreativer Ideen und startete im Januar 2024 für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Im Rahmen der NRW-Schülermedientage (02. - 09. Mai 2025) engagieren sich Medienschaffende für die Medienbildung und unterstützen junge Menschen dabei, kompetent mit Informationen umzugehen. Journalistinnen und Journalisten können auch für Lerneinheiten von Schulen eingeladen werden. Infos: <https://reporter4you.de>

Planung nicht zerpfücken

Der »Radentscheid Bielefeld« kritisiert die Intervention der Industrie- und Handelskammer zur Umgestaltung der Jöllenbecker Straße. Die Initiative warnt vor einer Gefährdung des sorgfältig ausgehandelten Kompromisses, der eine ausgeglichene Koexistenz aller Verkehrsarten gewährleistet. Andreas Finke vom »Radentscheid Bielefeld« betont, dass der bisherige Entwurf alle Verkehrsteilnehmer angemessen bedacht hat. »Diese Planung stellt sicher, dass alle Verkehrsarten fair berücksichtigt werden und eine harmonische Koexistenz auf der Jöllenbecker Straße möglich ist.« Veränderungen könnten die Radwege schmälern, was als suboptimal angesehen wird. Der Radentscheid appelliert an alle Beteiligten, den bereits eingeschlagenen Weg zu unterstützen. Nicht zuletzt profitiere auch der Einzelhandel von einer besseren und sichereren Erreichbarkeit durch ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, wie zahlreiche Untersuchungen an vielen Orten belegen.

Maulkorb für Kritik an AfD

Im Wahlkampf attackierte die AfD Kritiker aus Schulen, Verwaltung und Vereinen mit einem angeblichen Neutralitätsgebot. Ein Mythos, wie Bernhard Wagner herausgefunden hat



FOTO: CHRISTINE HALM/ PETER PRESTEL

In Bielefeld waren Flyer des »Bündnis gegen Rechts« Gegenstand von Auseinandersetzungen. Obwohl die AfD dort gar nicht direkt erwähnt wurde, verlangte die Partei vom Oberbürgermeister erfolgreich deren Entfernung aus VHS und Stadtbibliothek. Ein Vorgehen, mit dem die grüne Stadtratsfraktion nicht einverstanden ist. »Wir sind alle aufgefordert, uns nicht wegzuducken, sondern unsere Verfassung zu schützen«, sagt Klaus Rees. Das gelte besonders für Mitarbeitende in öffentlichen Verwaltungen. Die Vorsit-

zende des Integrationsbeirats, Murisa Adilovic, die die gemeinsame Abstimmung von CDU, FDP, BSW und AfD im Bundestag auf ihrem privaten Facebook-Account kritisiert hatte, wurde sogar zum Rücktritt aufgefordert. Adilovic ist keine Beamtin, sondern gewählte Interessenvertreterin.

Prüfung angekündigt

Schützenhilfe bekam die extreme Rechte von Unions-Fraktionsvize im Bundestag Mathias

Middelberg. Ihm ging es vor allem um eine Einschränkung der Meinungsfreiheit für gemeinnützige Vereine oder freie Träger, die an den deutschlandweiten »Demos gegen Rechts« teilgenommen hatten, die auch Aktionen und Kritik gegen die CDU beinhalteten. Er kündigte eine scharfe Prüfung der Förderungswürdigkeit an. Der Bundesjugendring verwahrte sich vehement gegen den »Mythos Neutralitätsgebot«. Er sei so pauschal sachlich falsch und diene als »gezielte Strategie der extremen Rechten zur Einschüchterung der demokratischen Zivilgesellschaft«.

Auch um das Verhalten der Schulen gab es Diskussionen. Mehrere Bildungsanstalten hatten einerseits die AfD zu Podiumsdiskussionen eingeladen, andererseits aber die Verteilung von Aufklärungsmaterial über die Partei untersagt. Dabei verpflichtet das Grundgesetz Verwaltungen und Lehrkräfte die Menschen- und Grundrechte zu schützen. Das sieht auch der Jurist Andreas Fisahn so: »Die Neutralität des Staates verpflichtet nicht, die Meinungsfreiheit an der Schultür abzugeben«, sagt der Professor für öffentliches Recht an der Universität Bielefeld. Es sei geradezu die Pflicht von Lehrkräften gegen Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus Stellung zu beziehen. »Sie dürfen auch die AfD als undemokratisch kritisieren«. Eine Grenze sei erst dann erreicht, wenn allein für eine Partei Werbung gemacht werde. Das wäre einseitige Einflussnahme.

»Wir arbeiten weiter wie bisher«

Über den Stand der Dinge in der Gedenkstättenentwicklung des »Stalag 326« in Schloß Holte-Stukenbrock. Von Charlotte Weitekemper

Mit erheblichen finanziellen Mitteln von Bund und Land soll die Gedenkstätte »Stalag 326« zu einem bedeutenden NS-Erinnerungsort ausgebaut werden (Viertel berichtete).

Ende Januar titelte das Westfalen-Blatt Gütersloh: »Stiftungslösung ist vom Tisch« und berichtete, dass die Trägerschaft der neuen Gedenkstätte nun durch eine GmbH erfolgen solle. Berichte wie diese erzählen erstens nur die halbe Geschichte, denn die GmbH-Lösung sei laut Oliver Nickel, Geschäftsführer der Gedenkstätte »Stalag 326 VI K«, nur für den Übergang geplant. Zweitens bringen sie Unruhe in eine sowieso als undurchsichtig wahrgenommene Debatte.

»Wer Informationen haben möchte, braucht nur nachzufragen«, sagt Nickel. Und reagiert auf Stimmen, die der Planung Langwierigkeit vorwerfen: Eine Gedenkstätte sei eben nicht von heute auf morgen realisier-

bar. Zumal so ein großes Projekt von der Partizipation vieler verschiedener Interessengruppen mit unterschiedlichen Verhandlungsthemen abhängig sei. So verzögerte sich die Verwirklichung unter anderem durch eine gemeinsame Abstimmung von CDU, AfD und Freien Wählern im Gütersloher Kreistag. Die Gedenkstätte stellte aus Protest ihren Betrieb ein.

Der Weg nach vorn

Mittlerweile hat der Förderverein seine Arbeit wieder aufgenommen. Ehrenamtliche ermöglichen zahlreiche Angebote: Rundgänge, Aktionstage, Führungen. Die wichtigste Aufgabe für die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen des Fördervereins ist die Arbeit mit den hinterbliebenen Angehörigen der ehemaligen oder im Lager verstorbenen Internierten. Bis zu 180 Anfragen im Jahr er-

hält die Gedenkstätte. Am 2. April jährte sich die Befreiung des Lagers zum 80igsten Mal. Zu den Feierlichkeiten kamen auch Familien aus der Ukraine, Russland, Frankreich und Italien.

Gleichzeitig richtet sich der Blick gen Zukunft. Dieses Jahr startet der Vorlaufbetrieb mit der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs. Bei alldem befindet sich der Förderverein in stetigem Austausch mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als Organisator für das erweiterte Gedenkstättenprojekt. »Man wolle sich verständigen, Expertise und Erfahrungen mit einbringen«, sagt Nickel. Schließlich wird der Förderverein auch in Zukunft Bestand haben und das Alltagsgeschäft übernehmen, also maßgeblicher Teil des Konzepts bleiben. Eines macht der Leiter jedenfalls klar: »Auch wir haben Bedürfnisse.«

Anzeigen

Stimmen
Reparatur

Erwin Klumpf
Klavierbaumeister

Telefon 05225.859861
www.erwin-klumpf.de

mondo
buchhandlung

elsa-brändström-sraße 23
33602 bielefeld
05 21 64 1 63
kontakt@mondo-bielefeld.de

leicht,
flexibel, unabhängig

cambio
CarSharing

CarSharing

Tel. 0521-633 33 | www.cambio-CarSharing.de